SoVD Sozialverband Deutschland

Landesverband Nordrhein-Westfalen Aktuell

E-Mail: info@sovd-nrw.de
Internet: http://www.sovd-nrw.de

Landesgeschäftsstelle: Erkrather Str. 343 · 40231 Düsseldorf · Tel. (02 11) 38 60 30 · Fax (02 11) 38 21 75

Jahresempfang des Landesverbandes

„Die Wunden des Sozialabbaus sind nicht verheilt“

Unter dem Motto „Für ein soziales NRW“ hat der SoVD Nordrhein-Westfalen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Sozialgerichtsbarkeit und Verwaltung zu einem Austausch in die Rheinterrasse nach Düsseldorf eingeladen. Im Rahmen der Veranstaltung warnte SoVD-Präsident Adolf Bauer vor Einschnitten in der sozialen Sicherung. Unterstützung erhielt er in diesem Punkt von der 2. Landesvorsitzenden Angelika Winkler, die Chancengleichheit und Teilhabe für sozial benachteiligte und behinderte Menschen forderte.

„Die Wunden des Sozialabbaus der vergangenen Jahre sind nicht verheilt und schon drohen nach dem schwarz-gelben Machtwechsel weitere tiefe Einschnitte“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer beim Jahresempfang des Landesverbandes in Düsseldorf. Er bezog sich dabei auf Forderungen nach weiteren Leistungskürzungen vonseiten der Liberalen. „Wir brauchen ein starkes, solidarisches Sicherungssystem. Eine weitere Privatisierung sozialer Risiken wie Krankheit, Alter oder Pflegebedürftigkeit lehnen wir aufs Schärfste ab. Kapitalgedeckte Elemente haben in der Pflegeversicherung nichts zu suchen. Wir müssen die Kranken- und die Pflegeversicherung zu Bürgerversicherungen weiterentwickeln, die *von* allen *für* alle getragen werden“, forderte Adolf Bauer.

„Wir brauchen ein starkes, solidarisches Sicherungssystem.“

„Die berechtigten Interessen der sozial benachteiligten und behinderten Menschen dürfen nicht vergessen werden.“

Sozialminister Karl-Josef Laumann sagte dagegen, sozialpolitische Wünsche müssten angesichts des demografischen Wandels bezahlbar bleiben. Daher dürfe man die private Beteiligung an den gesetzlichen Sicherungssystemen nicht per se ausschließen. So seien kapitalgedeckte Elemente in der Pflegeversicherung durchaus denkbar. Der Staat müsse sich jedoch um eine Balance zwischen Gewinnstreben und Gemeinnützigkeit kümmern. Das sei das Wesen der sozialen Marktwirtschaft.

Für mehr Chancengleichheit und Teilhabe von sozial benachteiligten und behinderten Menschen setzte sich Angelika Winkler, 2. Landesvorsitzende des SoVD NRW, ein. Sie forderte eine wirksame Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut. Neben armutsfesten Grundsicherungsleistungen sei vor allem die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unverzichtbar. Denn wer die Armut von Kindern bekämpfen wolle, dürfe die Situation der Eltern nicht ausblenden. Weiter führte Angelika Winkler aus: „Armut drückt sich aber nicht nur in zu wenig Geld im Portemonnaie, sondern auch in mangelnden Bildungschancen aus. Das nordrhein-westfälische Bildungssystem grenzt Kinder massiv aus, weil sie viel zu früh in verschiedene Schulformen einsortiert werden. Wir brauchen eine gemeinsame Schule für alle von Klasse eins bis zehn. Damit dies möglich ist, müssen die Schulen auch personell gestärkt werden.“

Des Weiteren sprach sich die 2. Landesvorsitzende für verbindliche Regelungen zur Umsetzung der Barrierefreiheit aus. Hier bestehe sowohl in Städten und Gemeinden als auch im öffentlichen Nahverkehr erheblicher Nachholbedarf. Angesichts des demografischen Wandels sei neben der barrierefreien Gestaltung der Wohnquartiere die Stärkung der häuslichen Pflege erforderlich.

Der 2. Landesvorsitzende Dr. Erich Größges formulierte in seinem Schlusswort die weiterhin bestehenden Aufgaben des SoVD: „Wir werden uns mit ganzer Kraft für sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Die berechtigten Interessen der sozial benachteiligten und behinderten Menschen dürfen nicht vergessen werden.“

Politisch Verantwortliche und ehrenamtliche Funktionsträger des SoVD auf dem Jahresempfang des Landesverbandes NRW (v. li.): Dr. Erich Größges (2. Landesvorsitzender), Angelika Winkler (2. Landesvorsitzende), Norbert Killewald (SPD), Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Stefan Romberg (FDP), Ursula Monheim (CDU), Adolf Bauer (SoVD-Präsident), Ralf Beyer (Landesgeschäftsführer des SoVD NRW).

Foto links: SoVD-Präsident Adolf Bauer warnte vor Sozialabbau. Die Menschen hätten in den vergangenen Jahren genug Einschnitte verkraften müssen.
Foto rechts: Sozialminister Karl-Josef Laumann sprach sich einerseits für ein solidarisches Sicherungssystem aus; andererseits dürften private Beteiligungen nicht ausgeschlossen werden.

Grußworte der Fraktionen

„Wir brauchen im sozialpolitischen Leben Menschen, die auch mal Halt einfordern und eine rote Ampel zeigen. Dazu gehört der SoVD. Bleiben Sie dabei und geben Sie uns weiterhin Ihre kritischen Hinweise.“
Norbert Killewald (SPD).

„Ich gebe Ihnen Recht: Die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen müssen.“
Ursula Monheim (CDU).

„Mir machen Einschnitte bei der gesetzlichen Krankenversicherung auch Sorgen. Dennoch sind wir der Auffassung, dass die Selbsthilfekräfte und die Eigenverantwortung gestärkt werden müssen. Gesundheitsversorgung auf Pump kann es nicht geben.“
Dr. Stefan Romberg (FDP)

„Den Grundsatz ‚privat vor Staat‘ teile ich nicht. Schon gar nicht in der Bildungspolitik. Wir sind froh, dass der SoVD das Bündnis ‚Eine Schule für alle‘ unterstützt. Das Bildungssystem in NRW muss sich grundlegend ändern.“
Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/ Die Grünen).

Arbeitnehmer mit Handicap häufiger von Kündigung betroffen

Behinderte leiden stark unter Krise

Menschen mit Behinderungen sind von der derzeitigen Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Zum einen verzeichnen die Werkstätten für behinderte Menschen dramatische Auftragsrückgänge. Zum anderen sind auch bei den Integrationsämtern die Anträge zur Kündigung behinderter Arbeitnehmer um 37 Prozent gestiegen.

„Die Wirtschaftskrise ist in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung voll angekommen. Je nach Ausrichtung haben sie zwischen 30 und 40 Prozent der Aufträge verloren. Besonders betroffen ist der Bereich der Metallverarbeitung“, sagte die Landesbehindertenbeauftragte Angelika Gemkow. Sie appellierte an Unternehmen, Handwerk und Handel, mehr Aufträge an die Werkstätten zu vergeben. Nur so könnten Arbeitsplätze gesichert werden. In den 102 Werkstätten in NRW arbeiten 61 000 Menschen. Das Spektrum reicht von der Holz- und Metallverarbeitung über Industriemontage bis hin zu Dienstleistungen.

Die Integrationsämter beklagen zudem, dass immer mehr behinderten Mitarbeitern gekündigt wird. Von Januar bis August sind allein beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) 2821 Kündigungsanträge eingegangen. Der LVR rechnet mit bis zu 4300 Kündigungen. Zur Erhaltung von Arbeitsplätzen schwerbehinderter Mitarbeiter hat das LVR-Integrationsamt die Förderbestimmungen ausgeweitet und die Höchstbeträge angehoben. Wenn durch die Versetzung eines Beschäftigten mit Handicap auf einen anderen Arbeitsplatz dessen Kündigung verhindert wird, kann dies wie bei einer Neueinstellung gefördert und mit Investitionskostenzuschüssen unterstützt werden. Außerdem sind zinslose Darlehen möglich. Laufende Leistungen, wie etwa Lohnzuschüsse, können auch bei Kurzarbeit ungekürzt weiter gezahlt werden.